

# Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO mit Fernwartung

## Verantwortlicher (Auftraggeber / Datenverantwortlicher):

Landeshauptstadt Dresden  
Amt XYZ  
vertreten durch die Amtsleitung  
Straße  
PLZ Ort

Vertrags-Nr.:  
.....

## Auftragsverarbeiter (Auftragnehmer):

Firma  
Straße  
PLZ Ort

Vertrags-Nr.:  
.....

## 1. Gegenstand, Ort und Dauer der Vereinbarung

### 1.1 Gegenstand der Verarbeitung

Diese Vereinbarung umfasst folgende vom Auftragsverarbeiter durchzuführende Fernwartungsarbeiten:

- ☐ Hardware- Diagnose: für folgende(s) Hardwareprodukt(e)
- ☐ Software-Wartung: für folgende(s) Softwareprodukt(e)

#### Software-Wartung:

Die Fernwartung erfolgt über eine VPN-Verbindung / FW-to-FW-Kopplung / mittels TeamViewer.... zur Behebung von Fehlerzuständen in der Anwendung xyz in der Abteilung N.

Damit verbunden sind folgende Zugriffe:

- schreibender Zugriff auf die Konfigurationsdateien ..... der Anwendung xyz
- lesender Zugriff auf die anderen Dateien im Programmverzeichnis ..... der Anwendung xyz
- lesender Zugriff auf die Anwendungsdaten in den Verzeichnissen .....
- Zugriff auf die Datei .... wird, soweit erforderlich, nach Rücksprache ermöglicht

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet dabei auf Grundlage dieses Vertrages personenbezogene Daten für den Verantwortlichen im Sinne von Art. 4 Nr. 2 und Art. 28 DSGVO.

## **1.2 Ort der Verarbeitung**

Die vertraglich vereinbarte Dienstleistung wird ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht. Jede Verlagerung der Dienstleistung oder von Teilarbeiten in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Verantwortlichen und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standard-Datenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

## **1.3 Dauer des Auftrags**

Der Vertrag beginnt am **Tag.Monat.Jahr** und endet nach 2 Jahren am **Tag.Monat.Jahr**.  
Er ist mit einer Frist von **4 Wochen** zum Monatssende kündbar.

Der Verantwortliche kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieses Vertrages vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar.

## **2. Art und Zweck der Verarbeitung, Art der personenbezogenen Daten sowie Kategorien betroffener Personen**

### **2.1 Zweck der Verarbeitung:**

---

(nähere Beschreibung ggf. Verweis auf Leistungsverzeichnis als Anlage etc.)

### **2.2 Art der Verarbeitung (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 2 DSGVO):**

### **2.3 Art der personenbezogenen Daten (entspr. der Definition von Art. 4 Nr. 1, 13, 14 und 15 DSGVO):**

### **2.4 Kategorien betroffener Personen (entsprechend der Definition von Art. 4 Nr. 1 DSGVO):**

## **3. Rechte und Pflichten sowie Weisungsbefugnisse des Verantwortlichen**

Für die Beurteilung der Zulässigkeit der Verarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 DSGVO sowie für die Wahrung der Rechte der betroffenen Personen nach den Art. 12 bis 22 DSGVO ist allein der Verantwortliche zuständig. Gleichwohl ist der Auftragsverarbeiter verpflichtet, alle solche Anfragen, sofern sie erkennbar ausschließlich an den Verantwortlichen gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiterzuleiten.

Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes und des Verfahrens sind gemeinsam zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter abzustimmen und schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format festzulegen.

In der Regel erteilt der Verantwortliche alle Aufträge, Teilaufträge und Weisungen schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format. Mündliche Weisungen sind unverzüglich schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Der Verantwortliche ist berechtigt, sich vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig in angemessener Weise von der Einhaltung der beim Auftragsverarbeiter getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie der in diesem Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu überzeugen (siehe Ziffer 5).

Im System des Verantwortlichen werden alle Zugriffe im Rahmen der Wartungsarbeiten protokolliert. Die Protokollierung muss so erfolgen, dass sie in einer Revision nachvollzogen werden kann. Sie darf vom Auftragsverarbeiter nicht abgeschaltet werden.

Der Verantwortliche informiert den Auftragsverarbeiter unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.

Er ist außerdem dazu verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragsverarbeiters vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung dieses Vertrages bestehen.

#### **4. Weisungsberechtigte des Verantwortlichen, Weisungsempfänger des Auftragsverarbeiters**

##### **Weisungsberechtigte Personen des Verantwortlichen sind:**

---

(Vorname, Name, Organisationseinheit, E-Mail, Telefon)

##### **Weisungsempfänger des Auftragsverarbeiters sind:**

---

(Vorname, Name, Organisationseinheit, E-Mail, Telefon)

##### **Für Weisungen zu nutzende Kommunikationskanäle:**

---

(genaue postalische Adresse / E-Mail / Telefonnummer)

Der Auftragsverarbeiter nimmt Supportanfragen über eine zentrale Hotline / Fernwartungszentrale oder eine zentrale E-Mail-Adresse entgegen. Weisungsempfänger beim Auftragsverarbeiter ist daher im konkreten Fall diejenige Person, die die Supportanfrage entgegennimmt und bearbeitet.

Der Auftragsverarbeiter richtet geeignete technische und organisatorische Maßnahmen ein, durch welche nachvollzogen werden kann, welche natürliche Person die Fernwartung vorgenommen hat.

Der Beginn der Fernwartung ist telefonisch (oder in anderweitig geeigneter und spezifizierter Form) anzukündigen, um dem Beauftragten des Verantwortlichen die Möglichkeit zu geben, die Maßnahmen der Fernwartung zu verfolgen. Zu Zwecken der Fernwartung notwendige Datenübertragungen müssen in hinreichend verschlüsselter Form erfolgen.

Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der Ansprechpartner sind dem Vertragspartner unverzüglich und grundsätzlich schriftlich oder elektronisch die Nachfolger bzw. die Vertreter mitzuteilen. Die Weisungen sind für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

## **5. Pflichten des Auftragsverarbeiters**

Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Verantwortlichen, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden). In einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO).

Der Auftragsverarbeiter verwendet die zur Verarbeitung überlassenen personenbezogenen Daten für keine anderen, insbesondere nicht für eigene Zwecke. Kopien oder Duplikate der personenbezogenen Daten werden nicht ohne Wissen des Verantwortlichen erstellt.

Der Auftragsverarbeiter stellt im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen sicher. Ebenfalls stellt er sicher, dass die für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen strikt getrennt werden.

Die Datenträger, die vom Verantwortlichen stammen bzw. für den Verantwortlichen genutzt werden, werden besonders gekennzeichnet. Eingang und Ausgang sowie die laufende Verwendung werden dokumentiert.

Der Auftragsverarbeiter hat während der gesamten Abwicklung der Dienstleistung für den Verantwortlichen insbesondere folgende Überprüfungen in seinem Bereich durchzuführen:

---

Das Ergebnis der Kontrollen ist zu dokumentieren und auf Aufforderung dem Auftraggeber vorzulegen.

Bei der Erfüllung der Rechte der betroffenen Personen durch den Verantwortlichen nach Art. 12 bis 22 DSGVO, bei der Erstellung der Verzeichnisse von Verarbeitungstätigkeiten sowie bei erforderlichen Datenschutz-Folgenabschätzungen des Verantwortlichen hat der Auftragsverarbeiter im notwendigen Umfang mitzuwirken und den Verantwortlichen soweit möglich angemessen zu unterstützen (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. e und f DSGVO). Auf Weisung hat er dem Verantwortlichen die dazu erforderlichen Angaben unverzüglich weiterzuleiten.

Neben der Verpflichtung des Auftragsverarbeiters, selbst ein Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten zu führen (Art. 30 Abs. 2 DSGVO), muss dieses dem Verantwortlichen bei Bedarf oder auf Wunsch vorgelegt werden.

Der Auftragsverarbeiter wird den Verantwortlichen unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Verantwortlichen erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie nach Überprüfung durch den Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird.

Der Auftragsverarbeiter hat personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche dies mittels einer Weisung verlangt und berechtigte Interessen des Auftragsverarbeiters dem nicht entgegenstehen. Unabhängig davon hat der Auftragsverarbeiter personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Weisung des Verantwortlichen ein berechtigter Anspruch des Betroffenen aus Art. 16, 17 oder 18 DSGVO zugrunde liegt.

Auskünfte über personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis an Dritte oder den Betroffenen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung oder Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen.

Der Auftragsverarbeiter erklärt sich damit einverstanden, dass der Verantwortliche - grundsätzlich nach Terminvereinbarung - berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen im angemessenen und erforderlichen Umfang selbst oder durch vom Verantwortlichen beauftragte Dritte zu kontrollieren. Die Kontrollen sollen insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und Datenverarbeitungsprogramme sowie durch Überprüfungen und Inspektionen vor Ort realisiert werden (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. h DSGVO).

Der Verantwortliche kann die Einhaltung eines genehmigten Zertifizierungsverfahrens durch den Auftragsverarbeiter gem. Art. 42 DSGVO als Faktor heranziehen, um die Einhaltung der Vorschriften über Datenschutz und Datensicherheit sowie der vertraglichen Vereinbarungen zu beurteilen.

Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass er, soweit erforderlich, bei diesen Kontrollen unterstützend mitwirkt.

Hierzu wird bis auf Weiteres Folgendes vereinbart:

---

Die Verarbeitung in Räumlichkeiten von Privatwohnungen ist nicht gestattet.

**oder (alternativ):**

Die Verarbeitung von Daten in Privatwohnungen (Tele- bzw. Heimarbeit von Beschäftigten des Auftragsverarbeiters) ist gestattet. Soweit die Daten in einer Privatwohnung verarbeitet werden, ist vorher der Zugang zur Wohnung des Beschäftigten für Kontrollzwecke des Arbeitgebers vertraglich sicher zu stellen. Die Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO sind auch in diesem Fall umzusetzen. Der Ausschluss der unbefugten Einsichtnahme als auch weiterführender Verarbeitungen personenbezogener Daten durch Dritte, welche sich in der Privatwohnung aufhalten, ist sicherzustellen.

Der Auftragsverarbeiter bestätigt, dass ihm die für die Auftragsverarbeitung einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften der DSGVO bekannt sind. Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich die zur Verarbeitung der Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen und weist dies dem Verantwortlichen auf Wunsch nach. Dies umfasst auch die Belehrung über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehende Weisungs- und Zweckbindung.

Der Auftragsverarbeiter sichert zu, alle für diesen Auftrag relevanten Geheimnisschutzregeln, die dem Verantwortlichen obliegen, zu beachten. Dazu zählen beispielsweise Bankgeheimnis, Fernmeldegeheimnis, Sozialgeheimnis und weitere.

**oder (alternativ):**

Der Auftragsverarbeiter sichert zu, auch folgende für diesen Auftrag relevanten Geheimnisschutzregeln zu beachten, die dem Verantwortlichen obliegen:

---

(z. B. Bankgeheimnis, Fernmeldegeheimnis, Sozialgeheimnis, etc.)

Berufsgeheimnisträger haben zu gewährleisten, dass die durch den Auftragsverarbeiter zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zusätzlich zu diesem Vertrag zur Geheimhaltung nach § 203 Abs. 4 StGB verpflichtet werden.

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, bei der Auftragsverarbeitung in sensiblen Bereichen, beispielsweise bei Daten, die einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis unterliegen, nur festangestellte Mitarbeiter für Auftragsverarbeitungsarbeiten einzusetzen, die nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet sind.

Bei der auftragsgemäßen Verarbeitung der personenbezogenen Datenverarbeitung des Verantwortlichen hat er die Vertraulichkeit zu wahren. Diese besteht auch nach Beendigung des Vertrages fort.

Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Er überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Betrieb.

Beim Auftragsverarbeiter ist als Beauftragte(r) für den Datenschutz Herr / Frau

---

(Vorname, Name, Organisationseinheit, Telefon)

benannt. Ein Wechsel des Datenschutzbeauftragten ist dem Verantwortlichen unverzüglich mitzuteilen.

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen unverzüglich über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln nach Art. 41 Abs. 4 DSGVO und den Widerruf einer Zertifizierung nach Art. 42 Abs. 7 DSGVO zu informieren.

Der Verantwortliche hat das Recht, die Fernwartung zu unterbrechen, insbesondere, wenn er den Eindruck gewinnt, dass unbefugt auf Dateien zugegriffen wird. Die Unterbrechung kann erfolgen, wenn eine Fernwartung mit nicht vereinbarten Hard- und Softwarekomponenten festgestellt wird.

## **6. Mitteilungspflichten des Auftragsverarbeiters bei Störungen der Verarbeitung und bei Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten**

Der Auftragsverarbeiter teilt dem Verantwortlichen unverzüglich Störungen, eigene Verstöße oder solche der bei ihm beschäftigten Personen gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen oder die im Auftrag getroffenen Festlegungen mit. Des Weiteren informiert er den Verantwortlichen über den Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Dies gilt vor allem auch im Hinblick auf eventuelle Melde- und Benachrichtigungspflichten des Verantwortlichen gemäß Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen zur Erfüllung dieser Pflichten angemessen zu unterstützen, wenn es erforderlich ist

(Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. f DSGVO). Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO darf der Auftragsverarbeiter für den Verantwortlichen nur nach vorheriger Weisung durchführen (siehe Ziffer 4).

## **7. Unterauftragsverhältnisse mit Subunternehmern (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. d DSGVO)**

Die Beauftragung von Subunternehmern ist nicht gestattet.

### **oder (alternativ):**

Die Beauftragung von Subunternehmern zur Verarbeitung von Daten des Verantwortlichen ist dem Auftragsverarbeiter gestattet. Der Auftragsverarbeiter trägt dafür Sorge, dass er den / die Subunternehmer unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von diesen getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DSGVO sorgfältig auswählt. Die diesbezüglich relevanten Prüfunterlagen sind dem Verantwortlichen auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

Eine Beauftragung von Subunternehmern in Drittstaaten darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff. DSGVO erfüllt sind (z. B. Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

Der Auftragsverarbeiter hat vertraglich sicherzustellen, dass die zwischen ihm und dem Verantwortlichen vereinbarten Regelungen auch gegenüber Subunternehmern gelten. Im Vertrag mit dem jeweiligen Subunternehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten deutlich voneinander abgegrenzt werden. Werden mehrere Subunternehmer eingesetzt, so gilt dies auch für die Verantwortlichkeiten zwischen diesen. Insbesondere muss der Verantwortliche berechtigt sein, im Bedarfsfall angemessene Überprüfungen und Inspektionen bei den Subunternehmern durchzuführen oder durch von ihm beauftragte Dritte durchführen zu lassen (auch vor Ort).

Der Vertrag mit dem Subunternehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann (Art. 28 Abs. 4 und Abs. 9 DSGVO).

Die Weiterleitung von Daten an den Subunternehmer ist erst zulässig, wenn dieser die Verpflichtungen bezüglich seiner Beschäftigten nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DSGVO erfüllt hat.

Der Auftragsverarbeiter hat die Einhaltung der Pflichten des/der Subunternehmer(s) wie folgt zu überprüfen:

---

### **oder (alternativ):**



Der Auftragsverarbeiter hat die Einhaltung der Pflichten des / der Subunternehmer(s) auf geeignete Weise zu überprüfen.

Das Ergebnis der Überprüfungen ist zu dokumentieren und dem Verantwortlichen auf Verlangen zugänglich zu machen.

Der Auftragsverarbeiter haftet gegenüber dem Verantwortlichen dafür, dass der Subunternehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragsverarbeiter im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt auferlegt wurden.

Zurzeit werden durch den Auftragsverarbeiter die in **Anlage X** mit Namen, Anschrift und Auftragsinhalt bezeichneten Subunternehmer mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten in dem dort genannten Umfang beschäftigt. Der Verantwortliche erklärt sich mit deren Beauftragung einverstanden.

Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen über jede beabsichtigte Hinzuziehung neuer oder Ersetzung bisheriger Subunternehmer. Der Verantwortliche erhält hierdurch die Möglichkeit, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben (§ 28 Abs. 2 Satz 2 DSGVO).

## **8. Technische und organisatorische Maßnahmen (insbesondere Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. c und e DSGVO)**

Für die konkrete Auftragsverarbeitung wird ein dem Risiko für die Rechte und Freiheiten der von der Verarbeitung betroffenen natürlichen Personen angemessenes Niveau der Sicherheit der Verarbeitung gewährleistet. Dazu werden einerseits mindestens die Schutzziele von Art. 32 Abs. 1 DSGVO wie **Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität** der Systeme und Dienste sowie deren Belastbarkeit in Bezug auf Art, Umfang, Umstände und Zweck der Verarbeitungen derart berücksichtigt, dass durch geeignete technische und organisatorische Abhilfemaßnahmen das Risiko auf Dauer eingedämmt wird (Art. 28 Abs. 3 lit. c). Die Formulierung in Art. 32 Abs. 1 DSGVO „diese Maßnahmen schließen unter anderem Folgendes ein“ verdeutlicht andererseits, dass die dort vorgenommene Aufzählung nicht abschließend ist. Für die Auftragsverarbeitung sind auch technische und organisatorische Maßnahmen umzusetzen, die die in Kapitel III der DSGVO genannten Rechte der betroffenen Personen wahren (Art. 28 Abs. 3 lit. e). Diese Maßnahmen sollen u. a. sicherstellen,

- dass Daten nur für den Zweck verarbeitet und ausgewertet werden können, für den sie erhoben werden (**Zweckbindung**),
- dass Betroffene, Verantwortliche und Kontrollinstanzen u. a. erkennen können, welche Daten für welchen Zweck in einem Verfahren erhoben und verarbeitet werden und welche Systeme und Prozesse dafür genutzt werden (**Transparenz**) und
- dass den Betroffenen die ihnen zustehenden Rechte auf Benachrichtigung, Auskunft, Berichtigung, Sperrung und Löschung jederzeit wirksam gewährt werden (**Intervenierbarkeit**).

Entsprechend sind auch die Maßnahmenbereiche zu berücksichtigen, die vorrangig der Minimierung der Eingriffsintensität in die Grundrechte Betroffener dienen.

In **Anlage 1** wird die Auswahl der technischen und organisatorischen Maßnahmen passend zum Datensicherheitsrisiko unter Berücksichtigung der Schutzziele Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität, Zweckbindung, Transparenz und Intervenierbarkeit detailliert und unter besonderer Berücksichtigung der eingesetzten IT-Systeme und Verarbeitungsprozesse beim Auftragsverarbeiter beschrieben. Die in der **Anlage 1** beschriebenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung werden als verbindlich festgelegt.

Der Auftragsverarbeiter hat bei gegebenem Anlass, mindestens aber alle 2 Jahre, eine Überprüfung, Bewertung und Evaluation der Wirksamkeit der technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Verarbeitungssicherheit durchzuführen (siehe Ziffer 8). Das Ergebnis samt vollständigem Auditbericht ist dem Verantwortlichen mitzuteilen.

Für die Sicherheit erhebliche Entscheidungen zur Organisation der Datenverarbeitung und zu den angewandten Verfahren sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen.

Soweit die beim Auftragsverarbeiter getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den Anforderungen des Verantwortlichen nicht genügen, benachrichtigt er den Verantwortlichen unverzüglich.

Die Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragsverarbeiters können im Laufe des Auftragsverhältnisses der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden, dürfen aber die vereinbarten Sicherheitsstandards und den Grundsatz *Best Practice* nach dem Stand der Technik nicht unterschreiten.

Wesentliche Änderungen sind zwischen Auftragsverarbeiter und Verantwortlichem in dokumentierter Form (schriftlich oder elektronisch) abzustimmen. Solche Abstimmungen sind für die Dauer dieses Vertrages aufzubewahren.

## **9. Verpflichtungen des Auftragsverarbeiters nach Beendigung des Auftrags, Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. g DSGVO**

Nach Abschluss der vertraglichen Arbeiten hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz (sowie an Subunternehmen) gelangte Daten, Unterlagen und erstellte Verarbeitungs- oder Nutzungsergebnisse, die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen,

dem Verantwortlichen auszuhändigen.

**oder (alternativ):**

datenschutzgerecht zu löschen bzw. zu vernichten / vernichten zu lassen.

Die Löschung bzw. Vernichtung ist dem Verantwortlichen mit Datumsangabe schriftlich oder in einem dokumentierten elektronischen Format zu bestätigen.

Diese Löschanforderung gilt nicht für Daten, die zur Dokumentationskontrolle und für Revisionsmaßnahmen der Fernwartung benötigt werden.

## **10. Haftung**

Auf Art. 82 DSGVO wird verwiesen.

Im Übrigen wird folgendes vereinbart:

Für Schäden an der Gesundheit, dem Körper oder dem Leben haftet der Auftragsverarbeiter uneingeschränkt.

Sollten Verantwortlicher oder Auftragsverarbeiter gesamtschuldnerisch von einem Dritten in Haftung genommen werden, so stellen sie sich im Innenverhältnis gegenseitig nach dem jeweiligen Verschulden von der Haftung frei.

## **11. Vertragsstrafe**

Bei Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen die Regelungen dieses Vertrages, insbesondere zur Einhaltung des Datenschutzes, wird eine Vertragsstrafe von .... Euro / 5% der Summe des jährlichen Wartungsvertrages vereinbart. Berechnungsgrundlage für die Vertragsstrafe bilden die zum Zeitpunkt des Schadenseintrittes gültigen Pflegegebühren (brutto).

## **12. Sonstiges**

Vereinbarungen zu den technischen und organisatorischen Maßnahmen sowie zu Kontroll- und Prüfungsunterlagen (auch zu Subunternehmen) sind von beiden Vertragspartnern für ihre Geltungsdauer und anschließend noch für drei volle Kalenderjahre aufzubewahren.

Für Nebenabreden ist grundsätzlich die Schriftform oder ein dokumentiertes elektronisches Format erforderlich.

Sollten das Eigentum oder die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten des Verantwortlichen beim Auftragsverarbeiter durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich zu verständigen.

Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

Als Gerichtsstand wird Dresden vereinbart.

### **13. Wirksamkeit der Vereinbarung**

Die Unwirksamkeit und / oder Nichtigkeit einzelner Bestimmungen des Vertrages berührt nicht die Gültigkeit der anderen Bestimmungen. Soweit die Vertragspartner an Stelle der unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen keine wirksamen, zulässigen und zweckdienlichen Regelungen vereinbaren, soll gelten, was dem gewollten Zweck im Sinne des gesetzlich erlaubten am nächsten kommt. Im Fall von Lücken soll gelten, was nach dem Sinn und dem Zweck dieses Vertrages vernünftigerweise vereinbart worden wäre, wenn die Vertragspartner diese Lücken von vornherein erkannt hätten.

## Unterschriften

Verantwortlicher  
(federführende OE – Auftraggeber)

Auftragsverarbeiter  
(Auftragnehmer)

Dresden, den

Stadt XYZ, den

.....

Dr. ABC  
Amtsleiter  
ABC-Amt  
Landeshauptstadt Dresden

Herr / Frau ABC  
Funktion (z.B. Geschäftsführung etc.)  
Auftragnehmer GmbH

.....

IT-Dienstleister

Dresden, den

.....

Prof. Dr. Breidung  
Betriebsleiter  
Eigenbetrieb IT- Dienstleistungen  
Landeshauptstadt Dresden

## Anlagen

Anlage 1      Technisch-organisatorische Maßnahmen zu Gewährleistung der Schutzziele nach Art. 32 DSGVO des Auftragsverarbeiters  
ggf. Anlage X      Beauftragung von Subunternehmen (Inhalte gemäß Ziffer 7)  
ggf. Anlage X      Nutzung TeamViewer